

presse

AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Klimawandel ist zunehmend eine Fluchtursache

Gabriela Heinrich, stellvertretende entwicklungspolitische Sprecherin:

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert mehr Einsatz der Bundeskanzlerin für den Klimaschutz. Anlass ist das Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens und die kommende Klimakonferenz in Marrakesch. Der, vor allem von den Industrieländern verursachte, Klimawandel ist zunehmend eine Fluchtursache, weil er die Existenzgrundlage von vielen Menschen in Entwicklungsländern gefährdet.

„Die derzeitige Blockade des Klimaschutzplans 2050 durch die Union untergräbt die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands. Eine verantwortungsbewusste Bundeskanzlerin darf sich beim Thema Klimaschutz nicht hinter ihren Ministern verstecken.

Die Industrieländer tragen durch ihren hohen CO₂-Ausstoß eine besondere Verantwortung, wenn es um den Klimawandel geht. Wir sind aber auch darauf angewiesen, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Entwicklung klimafreundlich gestalten. Dies kann nur gelingen, wenn die Industrieländer vorbildlich vorangehen.

Dürren, Starkregen und Überschwemmungen sind bereits jetzt Fluchtursachen in Entwicklungsländern. Der Klimawandel trägt dazu bei, dass Menschen vor Perspektivlosigkeit fliehen und dass Ressourcen knapper werden, was wiederum Konflikte begünstigen kann.

Wer Fluchtursachen bekämpfen will, wie es die Bundeskanzlerin wiederholt erklärt hat, muss beim Thema Klimaschutz handeln. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden. Dafür brauchen wir dringend den Klimaschutzplan 2050.“